

Von: Haselmayr, Simone <Simone.Haselmayr@fdp.de>

Gesendet: Montag, 18. Januar 2021 13:32

An: Faisst-Weiterltg. <w.faisst@gmx.de>

Cc: BM Faißt <BMFaisst@Renningen.de>

Betreff: AW: Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Faißt,

anbei nun die Antworten auf die Fragen der Wahlprüfsteine der FDP Baden-Württemberg und vielen Dank für eine kurze Bestätigung zum Erhalt dieser Nachricht.

Baden-Württemberg e. V. zur Landtagswahl am Sonntag, 14. März 2021

I. Die kommunale Selbstverwaltung stärken und die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden weiter unterstützen und fördern! Kommunale Freie Wähler achten in besonderer Weise darauf, dass die Kommunen über die notwendige finanzielle Ausstattung verfügen, um Politik für die Menschen vor Ort auch in die Tat umsetzen zu können. In den Kommunen trifft Politik auf die Wirklichkeit! Dies bedeutet für uns, dass die Kommunen mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen, um den Aufgaben und Anforderungen vor Ort gerecht zu werden. Die Landespolitik ist in der Pflicht, für eine angemessene Ausstattung und für einen gerechten Ausgleich zwischen steuerstarken und finanzschwachen Kommunen zu sorgen. Es muss außerdem sichergestellt werden, dass die Mittel, die den Kommunen zustehen, in vollem Umfang und vor allem zeitnah den Kommunen bereitgestellt werden.

Wir Freien Demokraten stehen zur Selbstverwaltung der Kommunen und zur daraus notwendigen finanziellen Ausstattung. Wir stehen auch für mehr Freiheit der autonomen kommunalen Entscheidung, und lehnen den Trend der grün-schwarzen Koalition, die freien Mittel im Finanzausgleich zu reduzieren und über Förderprogramme dann Politik mit dem Goldenen Zügel zu machen, ab. Auch werden wir vertrauensvoll mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammenarbeiten, und nicht wie seither Verhandlungen in der Gemeinsamen Finanzkommission oder zu den Abrechnungsmodalitäten der Kosten der Geflüchteten verzögern. Wir stehen aber auch für eine größere Steuer- und Gebührenhoheit der Kommunen, damit diese ihre Finanzen stärker selbst steuern können.

Darüber hinaus sind wir seit jeher die Verfechter des Konnexitätsprinzips. Untere Ebenen müssen bei einer übertragenen Aufgabe auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Daran fehlte es in der Vergangenheit gerne einmal vor allem dann, wenn vom Bund direkt an die Kommunen delegiert wurde. Hier muss das Land stärker für die Finanzen seiner Kommunen eintreten.

II. Aktiv Wege aus der Corona-Krise unterstützen, d.h. den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg stärken, innovativ gestalten, zukunftsfähig und krisenfest machen! Es müssen weitere Förder- und Unterstützungsprogramme für Unternehmen, Handwerk, Handel und Dienstleistung erarbeitet und umgesetzt werden. Vor allem für den Mittelstand und für kleinere Unternehmen im Event- und Gastronomiebereich, aber auch für Hotels, Schauspieler, Musiker, Künstler und andere Berufsgruppen, die besonders von den Folgen der Corona Pandemie betroffen sind. Weitere Ausgleichs- und Förderprogramme für die Zukunftsfähigkeit der Städte, Landkreise und Gemeinden werden benötigt. Und das heißt, den Umbau des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg auf innovative Formen der Mobilität inkl. der Batterieforschung voranzutreiben. Die Entwicklung alternativer Antriebstechniken mittels Wasserstoff und die Weiterentwicklung synthetischer Kraftstoffe muss noch wirksamer gefördert und unterstützt werden. Auf eine umweltverträgliche

Gewinnung der dazu benötigten Rohstoffe muss dabei ebenfalls besonders geachtet werden. Der Förderung von neuen und bestehenden Projekten zur Weiterentwicklung von Photovoltaik, Brennstoffzelle und Wasserstoffantrieb durch die Unterstützung der vorhandenen Institute und Unternehmen räumen wir eine Vorrangstellung ein. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung in unserem Land. Baden-Württemberg soll insgesamt „breiter“ aufgestellt werden. Dazu gehört, unsere bestehenden Kernkompetenzen in den Bereichen Gesundheit und Medizintechnik weiter an die Spitze zu bringen.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik sehen wir Freie Demokraten insbesondere zwei Herausforderungen: kurz- und mittelfristig die Bewältigung der Corona-Krise, mittel- und langfristige die Transformation der Wirtschaft, insbesondere der Schlüsselbranche Automobilindustrie.

Zur Bewältigung der Corona-Krise brauchen wir keine zusätzliche Belastung der Unternehmen sondern eine Befreiung von Bürokratie und Auflagen. Wir treten daher für eine Abschaffung des Bildungszeitgesetzes und des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes ein. Ebenso entlastet eine funktionierende digitale Verwaltung die Unternehmen und ermöglicht der Wirtschaft eine einfache und schnelle Erledigung ihrer Anliegen. Zwingende Voraussetzung dazu ist eine flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internet und Mobilfunk, idealerweise im 5G-Standard. Die Folgen der Corona-Krise wollen wir durch zielgerichtete Hilfsmaßnahmen abfedern und treten hier insbesondere für einen Ausbau des steuerlichen Verlustrücktrags ein. Dies kann die Unternehmen schnell und unbürokratisch entlasten.

Die Transformation der Wirtschaft und hier insbesondere des Automobilbaus ist eine der großen Herausforderungen für Baden-Württemberg. Für uns hat dabei der Verbrennungsmotor – betrieben mit synthetischen Kraftstoffen und auf dem neuesten Stand der Technik – noch lange nicht ausgedient und muss weiterentwickelt werden. Dies sichert Arbeitsplätze und erhält die Wirtschaftsstruktur in unserem Land. Daneben halten wir aber auch den Wasserstoffantrieb – sowohl in Form der Brennstoffzelle als auch in der direkten Verbrennung – für zukunftssträftig. Daher ist eine umfassende und weitreichende Wasserstoffstrategie für uns eine wesentliche Bedingung für eine mögliche Regierungsbeteiligung. Daneben treten wir für eine stärkere Diversifizierung der Wirtschaft ein und verlangen eine spezifische Förderung der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Gesundheitswirtschaft. Für neue Ideen und eine Erneuerung der Wirtschaft brauchen wir mehr Entrepreneurship, StartUps sowie mehr Forschung und Innovationen. Wir Freie Demokraten treten daher für spezifische Unterstützungsprogramme für StartUps ein, fordern mehr Unterstützung des Themas Entrepreneurship an den Hochschulen (u.a. durch Gründungsstipendien, Startup-Inkubatoren, gründungsrelevante Lehrveranstaltungen, Anreize zum Gründen für Wissenschaftler) sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und hier insbesondere dem Mittelstand (u.a. durch den Aufbau von professionellen Innovationsmanagements an den Hochschulen, Ausbau der vorhandenen Strukturen zum Technologietransfer, steuerliche Forschungsförderung).

III. In allen Lebensbereichen eine durchgehende Digitalisierung vorantreiben! Deutschland ist in der Digitalisierung im OECD-Vergleich ein Entwicklungsland. Baden-Württemberg kann und muss als wirtschaftsstarke und innovative Region auf Landes- und Bundesebene die Weichen für eine durchgängige Digitalisierung in allen Lebensbereichen stellen. Diese beginnt beim Netzausbau, geht über vernetzte und wertschöpfende Bürgerdienste, Bildungssysteme und Gesundheitssysteme und endet nicht zuletzt in der Mobilität und den Verkehrssteuerungen der Zukunft. Digitalisierung betrifft alle Lebens- und Arbeitsbereiche und muss vor allem „zu-Ende“ gedacht und umgesetzt werden. Insbesondere müssen dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine sichere Datenspeicherung und Datennutzung zu ermöglichen und eine hohe Akzeptanz für den durchgängigen Nutzen der Digitalisierung für Jung und Alt zu erreichen. Die Umsetzung muss außerdem inklusiv

erfolgen, d.h. die Nutzungszugänge und Barrieren sind so gering wie möglich zu gestalten. Mobiles Arbeiten muss flächendeckend und lückenlos möglich sein. Eine Investition in die Digitalisierung führt zu hocheffizienten Verwaltungsprozessen, bringt Mehrwerte für die Bürger, schafft neue Arbeitsplätze und Bildungsangebote und stärkt erheblich die Innovations- und Wirtschaftskraft.

Wie wichtig die digitale Infrastruktur für alle Bereiche des Lebens ist, hat nicht zuletzt die Zeit der Corona-Pandemie gezeigt. Immer wieder wurde deutlich, häufig sind die Anbindungen ans schnelle Internet zu langsam oder zu instabil und reichen für die Bedarfe an Homeschooling und Home-Office nicht aus. Wir Freie Demokraten fordern daher eine Kraftanstrengung im Bereich der digitalen Infrastruktur. Mit der Investition einer weiteren Milliarde Euro verfolgen wir das Ziel, dass jedes Gebäude in Baden-Württemberg mit Glasfaser angeschlossen wird. Schnelles Internet bedeutet für uns Freie Demokraten Gigabit, also mindestens >1000 Mbit/s. Wir fordern und fördern dabei den engagierten Einsatz der Privatwirtschaft und ziehen auch alternative Verlegemethoden in Erwägung. Für uns Freie Demokraten steht der Mensch im Mittelpunkt unserer Bestrebungen, denn die Digitalisierung umfasst alle Lebensbereiche. Digitalisierung muss für die Bürgerin und den Bürger einen spürbaren Mehrwert und Nutzen haben. Wir wollen damit Freiheitsräume eröffnen und Chancen schaffen.

IV. Unser Bildungssystem muss stärker, leistungsfähiger und innovativer werden! Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Insofern darf unser Bildungssystem nicht mehr ein Spielball und Versuchslabor sein. Bildung muss wieder im internationalen Vergleich stärker, leistungsfähiger und zeitgemäßer sein. Vom Kindergarten über die Grundschule und die weiterführenden Schulen bis hin zu den Hochschulen, muss das Bildungssystem den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. An Investitionen in eine durchgängige Digitalisierung, Ausstattung mit Hard- und Bildungssoftware, dem Hardware-Support sowie der Ersatzbeschaffung darf nicht gespart werden. Zur Digitalisierung in den Schulen gehört u.E. auch die Bereitstellung von Onlineangeboten, die ein selbstbestimmtes selbstmotiviertes Lernen der Schülerinnen und Schüler, auch von zuhause aus, ermöglichen. Mehr Lehrkräfte müssen eingestellt werden, um die Klassenstärken von über 30 Kindern zu reduzieren und pädagogisches Personal an den Schulen und Hochschulen müssen besser geschult und motiviert werden. Motivierte Lehrkräfte machen eine bessere Arbeit! Die unwürdige Entlassung während der Schulferien und Neueinstellung nach den Ferien muss beendet werden. Baden-Württemberg muss Exzellenzstandort für innovatives Wissen und Denken werden. Neben der technischen Ausstattung für die Digitalisierung sehen wir einen großen Bedarf im Bereich der Schulsanierung auf die Kommunen zukommen. Wir fordern ein Sanierungsprogramm, das die Städte und Gemeinden hier wirksam unterstützt. Auch die Hochschullandschaft muss mit Priorität ausgebaut und noch besser gefördert und ausgestattet werden.

Wir Freie Demokraten treten für eine Qualitätsoffensive Bildung ein. So muss im Bereich der frühkindlichen Bildung die Qualität des Bildungsangebots hohe Priorität besitzen. Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sind auch Bildungseinrichtungen. Eine Vielfalt der Angebotsformen erlaubt es Eltern, die individuell passende Kindertagesbetreuung für ihr Kind zu finden. Wir treten im Bereich der frühkindlichen Bildung für eine möglichst weitgehende Wahlfreiheit und einen Wettbewerb der Angebote ein.

Unter anderem werden wir:

- *gewährleisten, dass das Land seine Verantwortung für die Kindertagesbetreuung mit dem gebotenen finanziellen Engagement wahrnimmt und dabei den kommunalen, kirchlichen und freien Trägern jenes Maß an Gestaltungsfreiheit lässt, das ein vielfältiges Angebot ermöglicht.*
- *die Betreuung durch Tageseltern als gleichwertig mit der Betreuung in einer Kindertagesstätte anerkennen und entsprechend bezuschussen.*
- *eine gesetzliche Grundlage schaffen, die die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege definiert und die erforderliche Rechtssicherheit schafft.*

- bei der Bemessung der finanziellen Ausstattung der Kindertageseinrichtungen auch über das Jahr 2022 hinaus eine angemessene Leitungszeit vorsehen.
- die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen ausbauen und verbessern.
- eine Vereinbarung mit den Kommunen anstreben, um den Orientierungsplan für eine frühe Bildung für verbindlich zu erklären.

Eine landesweite Quote von bis zu 99 Prozent bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung zeigt, dass die gelegentlich in die Diskussion gebrachte Gebührenfreiheit für Kinderbetreuungsangebote nicht erforderlich ist. Sollten sich in diesem Bereich finanzielle Spielräume ergeben, sind sie für Investitionen in Qualität und Ausbildung weiterer pädagogischer Fachkräfte zu nutzen, denn landesweit sind zahlreiche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher nicht besetzt.

In den bundesweiten und weltweiten Vergleichsstudien haben die baden-württembergischen Schüler noch vor zehn Jahren innerhalb Deutschlands vorderste Plätze eingenommen. Inzwischen überholen uns andere Bundesländer – Baden-Württemberg ist auf ein Mittelmaß zurückgefallen. Die auf diese Weise offenbar gewordenen Qualitätsdefizite sind nach unserer Auffassung hausgemacht und Folge bildungspolitischer Fehlentscheidungen. Wir streben deshalb für die nächste Legislaturperiode eine Qualitätsoffensive an, die unser Schulleistungsniveau wieder an die Spitze der Bundesländer bringen soll. Wir wollen die mangelnde Verlässlichkeit in der Bildungspolitik beenden und den Schulen einen geeigneten, über Regierungswechsel hinaus verlässlichen Rahmen für eine exzellente Bildungsarbeit geben. Dazu braucht es einen Kraftakt für eine erstklassige Bildung in Baden-Württemberg. Dieser Kraftakt soll jedoch ausdrücklich keine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen bildungspolitischen Nenner sein. Vielmehr zielt diese Anstrengung darauf ab, unserem Schulwesen Freiheit zu sichern – Freiheit vor Bevormundung durch die jeweilige Regierung und Freiheit zur Gestaltung eines den Bedürfnissen des Einzelnen entsprechenden, zu den Bedingungen vor Ort passenden und an der Qualität orientierten Bildungsangebots.

Unter anderem werden wir:

- uns für den Erhalt unseres vielfältigen und gegliederten Schulwesens einsetzen, damit jeder Mensch ein passendes, seinen Begabungen und Leistungsvoraussetzungen entsprechendes Bildungsangebot findet. Im Grundschulbereich werden wir am Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ festhalten und dafür auch kleinere, ortsnahe Grundschulen erhalten. Den Haupt- und Werkrealschulen wollen wir eine verlässliche Zukunftsperspektive geben und sie als „Berufliche Realschulen“ mit einem berufspraktischen Profil versehen, das sie eng an die beruflichen Schulen anbindet. Bei den Gemeinschaftsschulen werden wir die Privilegierung gegenüber anderen weiterführenden Schulen beenden, beispielsweise durch eine Angleichung des Klassenteilers. Gleichzeitig wollen wir den Gemeinschaftsschulen das Recht geben, Noten und Nichtversetzen wiedereinzuführen und Klassen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus zu bilden. Gymnasien und Realschulen werden wir durch die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung in die Lage versetzen, ein anspruchsvolles und leistungsförderndes pädagogisches Angebot zu realisieren. Wir wollen wir jedem einzelnen Gymnasium die Freiheit geben, ein achtjähriges oder ein neunjähriges Gymnasialangebot oder eine Kombination beider Angebote zu gestalten. Auch die hervorragend qualifizierten Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) werden wir erhalten. Daneben ist in geeigneten Fällen eine Inklusion der Schüler in allgemeinbildenden Schulen möglich, die wegen begrenzter personeller und technischer Ressourcen nicht immer reibungslos gelingt. Eine gute Kombination beider Vorgehensweisen sind die Außenklassen der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die den allgemeinbildenden Schulen angegliedert sind und mit diesen in vielfältiger Weise kooperieren. Darüber hinaus wollen wir die Vielfalt der beruflichen Schulen erhalten und an der dezentralen Struktur des Berufsschulangebots mit wohnortnahen Angeboten nach Möglichkeit festhalten. Im Interesse von freien Schulen in sozialer Verantwortung wollen wir bei der Bemessung der Privatschulzuschüsse auch die Kosten der Ganztagesbetreuung an staatlichen Schulen berücksichtigen.

- eine verbindliche Grundschulempfehlung wiedereinführen, um die Bildung von Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Begabungen und Leistungsvoraussetzungen zu erleichtern. Die weiterführenden Schulen dürfen in eigener Verantwortung über die von der Grundschulempfehlung abweichende Bewerbung entscheiden. Dabei betonen wir unser Bekenntnis zur Durchlässigkeit des Bildungssystems: kein Abschluss ohne Anschluss.
- durch einen transparenten Leistungswettbewerb - insbesondere zwischen den weiterführenden Schulen - die Qualität schulischer Bildung verbessern. Dies setzt voraus, dass die einzelne Schule mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Bildungsangebots nach eigenen Vorstellungen erhält und dass faire Wettbewerbsbedingungen herrschen.
- einen Innovationsfonds zur Finanzierung von innovativen Schulversuchen bereitstellen, um den sich staatliche und freie Schulen unbürokratisch bewerben können. Die Genehmigung von Schulversuchen werden wir vereinfachen.
- ein vielfältiges Schulangebot auch in der Fläche des Landes erhalten und jeder Bildungsregion die Möglichkeit geben, den Fortbestand einer Schule zu sichern, wenn für sie ein regionaler Bedarf besteht.
- zusätzlich zur gebundenen Form der Ganztagsgrundschule auch die offene Form ins Schulgesetz aufnehmen, damit Wahlfreiheit vor Ort gewährleistet werden kann.
- starke Anreize für die kommunalen Schulträger schaffen, ihre Schulgebäude aufgabengerecht auszustatten, zu pflegen und zu modernisieren.
- den Lehrermangel an den Schulen im Land - insbesondere an den Grundschulen - bekämpfen. Dazu werden wir die Zahl der Studienplätze ausweiten und den Lehrerberuf attraktiver machen, indem wir unter anderem die zeitweilige Arbeitslosigkeit von Vertretungslehrern und Referendaren über die Sommerferien beenden und den Beförderungsstau bei Fachlehrern und technischen Lehrkräften abbauen.
- die Eigenverantwortung der Schulen bei Personalauswahl und -entwicklung fördern sowie jeder Schule ein verlässliches Personalbudget geben, nach dem Modell 100 Prozent für den Pflichtunterricht plus X Prozent für Vertretungsunterricht und eigene Schwerpunkte.
- die Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlasten und für ein funktionierendes Beratungs- und Unterstützungsangebot aus Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Beratungslehrern sorgen.
- die Digitalisierung der Schulen beschleunigen, insbesondere durch den Ausbau glasfaserbasierter schneller Internetverbindungen für alle Schulen, eine gesetzliche Verankerung der Digitalen Schule, ein Budget für jede Schule für die Hard- und Softwareausstattung sowie für die Betreuung der Systeme, Fortbildungsbudgets für die Schulen im Bereich der digitalen Bildung sowie ein Verfahren zur Zulassung von datenschutz- und datensicherheitskonformen Anwendungen zur Auswahl durch die Schulen.
- die Finanzierung der Digitalen Schule längerfristig sichern. Hierfür schlagen wir vor, 500 Millionen Euro aus den Rücklagen des Landes für Digitalprojekte zu entnehmen. Die seither zur Finanzierung aus dieser Rücklage vorgesehenen Projekte können der Baden-Württemberg-Stiftung zur Fortführung vorgeschlagen werden. Außerdem treten wir für einen Digitalpakt 2.0 zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein. Die FDP/DVP Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Digitalen Schule eingebracht (Landtags-Drucksache 16/8856).

Die baden-württembergische Hochschullandschaft zeichnet sich durch ihre regionale und fachliche Vielfalt und auch viele kleinere Hochschulstandorte aus, die wir erhalten und mit der notwendigen finanziellen Ausstattung versehen wollen. Unterstützen wollen wir die Hochschulverwaltungen gezielt bei der lückenlosen Umstellung auf elektronische Lösungen zur Verwaltungsführung, um Digitalisierungsprozesse zu beschleunigen und administrative Aufgaben zu vereinfachen. Daneben wollen wir eine Qualitätsoffensive Lehre starten, die bei der Schaffung innovativer und interdisziplinärer Lehrangebote unterstützt. „Blended Learning“ zur Kombination von Präsenzveranstaltungen und E-Learning sowie Massive Open Online Courses (MOOCs) erachten wir hierbei als vielversprechende Ansätze. Den Beitritt des

Landes Baden-Württemberg zur Virtuellen Hochschule Bayern wollen wir zudem anstreben, mit dem Ziel einer leistungsstarken digitalen Bildungsallianz auf Hochschulniveau. Außer Frage steht für uns die Fortsetzung der verlässlichen Hochschulfinanzierung über fünfjährige Hochschulpakete, mit denen wir alle Hochschularten bedarfsgerecht finanzieren werden. Dabei müssen aus Sicht der Liberalen die finanziellen Mehrbelastungen, die durch die Umsatzsteuerreform für die Hochschulen entstehen, aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden. Die gesicherte Grundfinanzierung muss auch eine angemessene Vergütung der Lehrbeauftragten und die vom Wissenschaftsrat empfohlene Quote an hauptamtlichen Professoren und Professorinnen ermöglichen.

V. Familien stärken, Teilhabe fördern, Pflegende stärken! Wir fordern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern eine stärkere Förderung der Quartiersentwicklung, von Bauherrengemeinschaften, -genossenschaften und weiteren innovativen Wohnbaulösungen, die die Wohnungsnot in unserem Land schnell und wirksam bekämpfen. Wir fordern auch eine bessere Entkopplung von familiären Einkommen und dem Bildungserfolg von Kindern in unserem Land. Zudem müssen wirksamere Strategien zur Förderung von besserer Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit entwickelt werden. Der weitere Ausbau von Kitas samt einer wirksamen und schnellen Förderung der Personalgewinnung muss Vorrang haben. Wir fordern von den Parteien, den demografischen Wandel noch besser im Blick zu haben: Wir werden rasant älter, schnell bunter, in Teilbereichen weniger, ... Seniorenpolitik, Migrations- und Integrationspolitik gilt es zu fördern und wirksame Programme weiterlaufen zu lassen (Integrationsmanager). In Baden-Württemberg Lebende sollen, egal woher sie kommen oder in welcher sozialen Lage sie sich befinden, am öffentlichen Leben teilhaben können. Es sollen vorhandene und neue Projekte, Angebote und Initiativen dauerhaft unterstützt werden, die Annäherung ermöglichen, Kommunikation fördern und Grenzen abbauen. Familien stärken heißt für uns auch die „pflegenden Angehörigen“ im Blick haben. Deshalb fordern wir auch eine stärkere Unterstützung der pflegenden Angehörigen (z.B. durch eine bessere Förderung von Nachbarschaftsvereine, Ortskrankenpflegevereine, ...) und eine spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen/Situation in den Pflegeeinrichtungen (Personalschlüssel, Ausstattung, techn. Hilfen, Kapazitäten, ...).

Wir Freien Demokraten unterstützen die Zielrichtungen, die Sie darstellen. Der demografische Wandel geht mit großen Herausforderungen einher, die sich insbesondere unsere sozialen Sicherungssysteme stellen müssen. Hier sind intelligente und passgenaue Lösungen gefragt. Wir Freien Demokraten haben deshalb auf Bundesebene ein Konzept für die Zukunft der Alterssicherungssysteme erstellt. Wir sehen auch im Bereich der Pflege wichtige Handlungsfelder. Mit dem Abbau bürokratischer Auflagen wollen wir die Dynamik und Innovationsfähigkeit bei ambulanten Wohnformen stärken. Wir treten für ein System der 24-Stunden-Betreuung in eigener Häuslichkeit ein. Und wir setzen darauf, durch die attraktive Gestaltung der Pflegeberufe den Personalmangel überwinden zu können. Die volle Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie von Familie und Pflege sind für uns wesentliche Bausteine für die Entwicklung einer umfassenden Teilhabe.

VI. Gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Ehrenamt stärken; das heißt für uns: Freie Wähler sind insbesondere bekannt für ihr Engagement, ihre Unterstützung und ihre Herkunft aus der Ehrenamts- und Vereinsarbeit. Durch Corona stehen viele Vereine vor ganz besonderen Herausforderungen. Deshalb fordern wir, die Übungsleiterpauschale von derzeit 2.400 Euro pro Jahr auf 3.600 Euro pro Jahr anzuheben (für Ausbilder, Erzieher, Betreuer, Dirigenten, Chorleiter, Trainer, ...). Daneben fordern wir, dass auch die Ehrenamtspauschale in Höhe von derzeit 720 Euro auf 1.500 Euro erhöht wird. Damit möchten wir eine bessere Anerkennung der Tätigkeiten in den Vereinsvorständen, bei Schatzmeistern oder Platz- und Gerätewarten ermöglichen. Die Parteien müssen sich hier für eine konkrete Verbesserung einsetzen. Ohne ein wirksames, gefördertes Ehrenamt ist in den Vereinen, kein

längerfristiges motivierendes Arbeiten möglich. Wir stehen auch für mehr Anerkennung und für eine bessere Förderung der notwendigen und vielfach geforderten Professionalisierung im Ehrenamt. Außerdem haben wir den Eindruck, dass von den rund 50 konkreten Vorschlägen zur Entlastung von Vereinen und Ehrenamtlichen von Bürokratie (Vorschläge des Normenkontrollrates vom Oktober 2019) noch zu wenige Vorschläge konkret in die Umsetzung gekommen sind. Hier fordern wir einen jährlichen Bericht der Landesregierung zum Stand der Umsetzung der Vereinentlastung von Bürokratie.

Wir Freien Demokraten haben seit jeher die Bedeutung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen als zentrale Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts angesehen und sind nie der Illusion erlegen, dass dies durch den Staat auch nur im Ansatz ersetzt werden könne. Daher unterstützen wir Forderungen nach einer besseren Anerkennung des Ehrenamts, sowohl im monetären als auch im Bereich der Vereinsarbeit. Die Entlastung des Ehrenamts vor zu hohen bürokratischen Hürden muss dringend angegangen werden. So hat der baden-württembergische Normenkontrollrat in seinem jüngsten Bericht ermittelt, dass ein Verein im Land durchschnittlich 6,5 Stunden pro Woche für Bürokratie aufwenden muss. Dieser Wert ist deutlich zu hoch. Die 49 Vorschläge zur Entlastung von Bürokratie, die der Normenkontrollrat an gleicher Stelle vorschlägt, müssen daher rasch geprüft, und möglichst umfassend umgesetzt werden. Stattdessen erleben wir, wie die Vorschläge des Normenkontrollrats bei der Landesregierung in der Schublade landen, ohne dass etwas passiert. Wer sich ehrenamtlich engagiert muss diese Zeit für das sachliche Anliegen erhalten und nicht für bürokratische Aufgaben.

Ein nicht unwesentlicher Aspekt im Zusammenhang mit der Bürokratie hängt mit zu hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen zusammen. Vereine werden, ebenso wie kleine und mittlere Unternehmen, durch die europäische Datenschutzgrundverordnung genauso behandelt, wie die globalen Big Player. Unseres Erachtens ist es grundfalsch, wenn an den örtlichen Fußballverein einerseits und Facebook andererseits die gleichen Anforderungen gestellt werden. Um Veränderungen zu erreichen ist in erster Linie eine Anpassung der Datenschutzgrundverordnung auf europäischer Ebene erforderlich. Eine ideale Möglichkeit hierzu wäre die Evaluierung der Verordnung im abgelaufenen Jahr 2020 gewesen. Diese Chance ist vorsätzlich vertan worden. Die grün-schwarze Landesregierung hat hier aber leider jegliche Bemühungen unterlassen, auf eine Änderung der Datenschutzgrundverordnung hinzuwirken. Im Gegenteil räumte diese bei der Antwort auf eine Anfrage der FDP/DVP Landtagsfraktion sogar offen ein, dass sie Ausnahmetatbeständen und Öffnungsklauseln bei der Datenschutzgrundverordnung generell skeptisch gegenübersteht. Die FDP in der Landesregierung wird sich hier jedenfalls für weitreichende Entlastungen für Vereine vor zu hohen Datenschutzhürden einsetzen.

VII. Nachhaltigkeit, Energiewende, Klimaschutz mit Schub und Elan nach vorne bringen! Alle Maßnahmen für mehr Klimaschutz müssen weiter ausgebaut werden, primär mit Förderprogrammen, anstatt mit Geboten oder Verboten. Ein konfliktfreies Nebeneinander soll mit einer Priorisierung nach Stärke der Verkehrsteilnehmer gefördert werden, zuerst die Fußgänger, dann die Radfahrer und dann der motorisierte Individualverkehr. Durch aktive Stadtraumgestaltung und mehr Grün in den Stadtzentren wird Lebens- und Aufenthaltsqualität und zudem der Klimaschutz wirksam gefördert. Wir sehen, dass die Nachhaltigkeit insbesondere bei der Mobilität noch viel schneller und wirksamer verbessert werden könnte. Deshalb fordern wir einen weiteren Ausbau und eine weitere Verbesserung des ÖPNV (Taktung, Platzangebot, Barrierefreiheit, Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken ...). Wir legen auch Wert auf einen weiteren Ausbau der Radwege. Hier könnte ein landesweites Förderprogramm den Ausbau und die Anlage von Radwegen noch schneller voranbringen. Auch die Fahrradinfrastruktur soll nachhaltiger und besser gefördert werden. Neben der Förderung des ÖPNV bleibt unser Land nur leistungsfähig, wenn wir auch das Straßennetz für einen funktionierenden Individualverkehr nicht aus dem Blick verlieren. So fordern wir insbesondere auch die Realisierung des Nord-Ost-Rings um die Landeshauptstadt, der im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist.

Wir Freie Demokraten unterstützen ausdrücklich die klimapolitischen Ziele des Pariser Abkommens, die Erderwärmung auf maximal 2, besser 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Klimaschutz gibt es aber nicht umsonst. Weil wir nicht zwischen Wohlstand und Klimaschutz als Alternativen wählen wollen, ist unser Ziel größtmögliche Effizienz, also mehr Klimaschutz pro investiertem Euro. Das wollen wir mit einem festen CO2-Deckel und mit einem Klimakonzept erreichen, das die CO2-Nutzung und -Speicherung fördert. Verbote und planwirtschaftliche Zielvorgaben lehnen wir ab. Wir Freie Demokraten machen uns für innovativen Technologien und weltverändernden Ideen aus dem Ländle stark. Mit diesem Werkzeug kann Baden-Württemberg einen globalen Beitrag zum Klimaschutz leisten und dabei die eigene Wirtschaft stärken. Dabei dürfen wir nicht nur bestimmte Technologien im Blick haben – wir müssen offen sein für neue Technologien. Niemand kann heute wissen, ob in Zukunft völlig neue wissenschaftliche Erkenntnisse die Neubewertung einer vielleicht heute unerwünschten Technologie erfordern.

VIII. Lebensqualität und Zukunft für den ländlichen Raum und die Zentren fördern! Wir fordern, den weiteren Ausbau der strukturellen Förderung des ländlichen Raumes, der kleinen Gemeinden, um vor Ort die Lebensqualität weiter zu verbessern. Der ländliche Raum leidet ansonsten durch den Wegzug von jungen Familien in Richtung der großen Zentren mit ihrem näheren Umfeld („Sog der Städte“). Hierzu gehören auch der stärkere Einsatz für die Verbesserung der Hausärzteversorgung im ländlichen Raum sowie der Erhalt einer dezentralen, bürgerfreundlichen Krankenhauslandschaft. In den Zentren gehören für uns Sicherheit und Sauberkeit zu wesentlichen Faktoren für eine erfahrbare Stadt- und Lebensqualität. Insbesondere für die Sicherheit hat das Land durch einen weiteren Ausbau der kommunalen Kriminalprävention die notwendigen personellen Ressourcen bereitzustellen. Die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum, schnellere Umsetzung der beschlossenen Programme, ein effektiver Bürokratieabbau und Vorfahrt für einfache Genehmigungsverfahren, gehören wir für uns zum weiteren Aufgabenprogramm einer neuen Landesregierung. Vor allem aber gilt: Der Breitbandausbau und eine wirksame Mobilfunkabdeckung müssen Priorität Nr. 1 in Stadt und Land haben. Auf die Telekommunikationsunternehmen muss entsprechend Druck ausgeübt werden, damit die verlegte und vorhandene Infrastruktur auch in Anspruch genommen und ein annehmbares Angebot von den Anbietern auf den Tisch gelegt wird.

Die ländlichen Räume sind Baden-Württembergs Rückgrat. Kaum eine andere Region Europas kann abseits der Ballungsräume derart hoch qualifizierte Beschäftigte und einen so innovativen und leistungsstarken Mittelstand vorweisen. Wir Freie Demokraten wollen die ländlichen Gebiete fit für die Zukunft machen. Die ländlichen Räume dürfen bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden. Wir fordern eine unbürokratischere Förderung des Breitband-Internets und den Einsatz für ein möglichst flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz. Die Digitalisierung bietet die großartige Chance, das Verhältnis von Stadt und Land bei Raumordnung und Infrastruktur neu auszubalancieren. Wir fordern daher eine Aktualisierung des noch aus dem Jahr 2002 stammenden Landesentwicklungsplans.

Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum braucht ein Update. Statt eines bürokratischen Fördervorrangs für den Schwerpunkt „Wohnen“ und die sogenannten Schwerpunktgemeinden brauchen ländliche Gemeinden mehr Mittel für die Bereiche „Grundversorgung“ und „Arbeiten“. Denn mit digitalen Angeboten wie Co-Working-Spaces bleibt Kaufkraft in der Fläche und die Städte werden vom Pendlerverkehr entlastet. Wir fordern für Angestellte und Beamte des Landes flexible Home-Office-Lösungen und einen Pilotversuch für behördenübergreifende Co-Working-Büros in ländlichen Mittelzentren. Vor kostenintensiven Sanierungen großstädtischer Landesliegenschaften wollen wir eine Standortverlagerung der Behörden in ländliche Gebiete prüfen.

Die Sicherheit im öffentlichen Raum und genauso in den eigenen vier Wänden trägt maßgeblich zur Lebensqualität bei. Die Gewährleistung der Sicherheit ist eine maßgebliche Aufgabe des Staates. Noch besser ist es aber, wenn Straftaten erst gar nicht zugelassen

werden. Im Ländlichen Raum mag die Situation in der Öffentlichkeit eher besser sein. Dafür muss beispielsweise verstärkt Augenmerk auf die Aufklärung im Bereich des Wohnungseinbruchschutzes gelegt werden.

Wir wollen das Förderprogramm Landärzte weiterentwickeln und dabei verstärkt auf Gesundheitszentren setzen. Dies können beispielsweise Medizinische Versorgungszentren (MVZ), lokale Gesundheitshäuser oder genossenschaftliche Modelle sein. Die Landarztquote im Medizinstudium lehnen wir ab. Wir wollen Modellversuche fördern, die zur ärztlichen Versorgung des ländlichen Raums mobile Arztpraxen einsetzen und als wichtigen Beitrag zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in der Fläche Telemedizin und Digitalisierung als Teil der Regelversorgung stärken. Die in der Corona-Krise intensivierte Telemedizin muss beibehalten und ausgebaut werden. Dazu gehören die stärkere digitale Vernetzung der sektorenübergreifenden Versorgung, die auch zum Zwecke der Personalfindung und Nachfolgersuche dienen kann, sowie neue Möglichkeiten für die Prävention.

Die Schaffung von mehr Wohnraum ist eine wichtige Aufgabe für die Landesregierung. Dazu müssen die Kosten für das Bauen gesenkt, mehr Bauaktivitäten gefördert sowie Nachverdichtung, insbesondere in den Städten, intensiviert werden. Wir Freien Demokraten treten daher für eine Novelle der Landesbauordnung ein. Unnötige kostentreibende Vorgaben wie überdachte Fahrradabstellplätze und zwingende Fassadenbegrünung müssen gestrichen werden. Ebenso streben wir eine Senkung der Grunderwerbssteuer auf 3,5 Prozent an, um den Erwerb von Wohneigentum zu fördern. Nicht zuletzt muss aber auch mehr neue Wohnungen gebaut werden. Dazu fordern wir eine Beschleunigung und Erleichterung von Genehmigungsverfahren, eine stärkere Nachverdichtung (bspw. durch ein spezielles Nachverdichtungsprogramm, Baulückenkataster oder ein strategisches Flächenmanagement) sowie ein erleichtertes Planungsrecht.

Mit besten Grüßen

Simone Haselmayr
Sekretariat

FDP Baden-Württemberg
Landesverband
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart

Tel. +49 (0) 711 66618 - 15

simone.haselmayr@fdp.de

www.fdp-bw.de

<https://www.facebook.com/fdpbw/>

<https://twitter.com/FDPBW>

https://instagram.com/fdp_bw

